

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

12. Dezember 2022
1 von 12

**Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 sowie die
Investitionsplanung für die Jahre 2023 bis 2026 und Ergebnis- und
Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2026**

Vorlage des Magistrats
- 101.19.587 -

Antrag

➤ **Geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
 - a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 vom 19. September 2022 **einschließlich der Veränderungsliste 1.**
 - b) die Investitionsplanung (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2023 bis 2026 **einschließlich der Veränderungsliste 1.**
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2023 bis 2026 nach dem Stand vom 19. September 2022 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.

- **Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2023**
hier: Anlage 4, Änderungsantrag des Ortsbeirates Harleshausen

2 von 12

Antrag

Der Ortsbeirat beantragt erneut, Mittel für die Platzgestaltung Harleshausen zu veranschlagen, da diese Maßnahme von wesentlicher Bedeutung für die Infrastruktur und die Gestaltung des Ortskerns ist.

Beschlussvorschlag

Dem Antrag des Ortsbeirates kann aufgrund der in der Sachdarstellung genannten Gründen nicht entsprochen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski und Gleuel

Ablehnung: DIE LINKE, Stadtverordnete Dr. Hoppe und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger
den

Beschluss

Dem Beschlussvorschlag zur **Anlage 4, Änderungsantrag des Ortsbeirates Harleshausen zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 sowie die Investitionsplanung für die Jahre 2023 bis 2026 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2026, 101.19.180, wird zugestimmt.**

- **Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2023**
hier: Anlage 29, Änderungsantrag des Ortsbeirates Fasanenhof

Antrag

Der Ortsbeirat beantragt die Sanierung der Bürgerräume Fasanenhof für 36.500 € aus dem Jahr 2025 auf das Jahr 2023 vorzuziehen.

Beschlussvorschlag

Dem Antrag des Ortsbeirates kann aufgrund der in der Sachdarstellung genannten Gründen nicht entsprochen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

3 von 12

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski
und Gleuel

Ablehnung: DIE LINKE, AfD, Stadtverordnete Dr. Hoppe und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger
den

Beschluss

Dem Beschlussvorschlag zur **Anlage 29** Änderungsantrag des Ortsbeirates Fasanenhof zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 sowie die Investitionsplanung für die Jahre 2023 bis 2026 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2026, 101.19.180, wird **zugestimmt**.

- **Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2023**
hier: **Anlage 36, Änderungsantrag des Ortsbeirates Jungfernkopf**

Antrag

Der Ortsbeirat beantragt zur Anlage eines Bolzplatzes (Rasenplatz) unterhalb des Schulanbaus 50.000 € in den Haushaltsplan 2023 einzustellen.

Beschlussvorschlag

Dem Antrag des Ortsbeirates kann aufgrund der in der Sachdarstellung genannten Gründen nicht entsprochen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski
und Gleuel

Ablehnung: DIE LINKE, AfD, Stadtverordnete Dr. Hoppe und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger
den

Beschluss

Dem Beschlussvorschlag zur **Anlage 36** Änderungsantrag des Ortsbeirates Jungfernkopf zum Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 sowie die Investitionsplanung für die Jahre 2023 bis 2026 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2026, 101.19.180, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag Nr. 3a der SPD-Fraktion**

4 von 12

Seite Haushalt: Band 2 Seite 330
 Produktbereich: 03 Schulträgeraufgaben
 Teilergebnishaushalt: 24201 Bildungsmanagement und Förderung von Bildung
 Beschreibung: Anlaufstelle einer Jugendberufsagentur – Personalstellen

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	n.n.
Erhöhung um	66.200,00
Kürzung um	
neuer Haushaltsansatz	n.n.

Deckungsvorschlag:

Überschuss aus dem Ergebnishaushalt

Begründung:

Eine Jugendberufsagentur, als Anlaufstelle für Jugendliche bis 25 Jahren, soll eingerichtet werden. Ziel des Bündnisses ist dabei Berufsberatung, Berufsorientierung, Vermittlung und Förderung möglichst aus einer Hand zu ermöglichen. Dazu sollen Räumlichkeiten in zentraler Lage gefunden werden und Kooperationspartner wie Arbeitsagentur, Jobcenter, usw. zusammenarbeiten.

Insgesamt sollen zusätzlich Mittel in Höhe von EUR 200.000,00 in das Projekt Jugendberufsagentur investiert werden, welche sich aufteilen in Mittel in Höhe von EUR 120.000,00 für 1,5 Personalstellen sowie Mittel in Höhe von EUR 80.000,00 für den Aufbau, Betriebskosten und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Betrag soll für die kommenden Jahre eingeplant und damit verstetigt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 3a der SPD-Fraktion wird bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel,
 Dr. Hoppe und Düsterdieck

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

➤ **Änderungsantrag Nr. 3b der SPD-Fraktion**

Seite Haushalt: Band 2 Seite 330
 Produktbereich: 03 Schulträgeraufgaben
 Teilergebnishaushalt: 24201 Bildungsmanagement und Förderung von Bildung
 Beschreibung: Anlaufstelle einer Jugendberufsagentur – Aufbau,
 Betriebskosten und Öffentlichkeitsarbeit

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	n.n.
Erhöhung um	80.000,00
Kürzung um	
neuer Haushaltsansatz	n.n.

Deckungsvorschlag:

Überschuss aus dem Ergebnishaushalt

Begründung:

Eine Jugendberufsagentur, als Anlaufstelle für Jugendliche bis 25 Jahren, soll eingerichtet werden. Ziel des Bündnisses ist dabei Berufsberatung, Berufsorientierung, Vermittlung und Förderung möglichst aus einer Hand zu ermöglichen. Dazu sollen Räumlichkeiten in zentraler Lage gefunden werden und Kooperationspartner wie Arbeitsagentur, Jobcenter, usw. zusammenarbeiten.

Insgesamt sollen zusätzlich Mittel in Höhe von EUR 200.000,00 in das Projekt Jugendberufsagentur investiert werden, welche sich aufteilen in Mittel in Höhe von EUR 120.000,00 für 1,5 Personalstellen sowie Mittel in Höhe von EUR 80.000,00 für den Aufbau, Betriebskosten und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Betrag soll für die kommenden Jahre eingeplant und damit verstetigt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 3b der SPD-Fraktion wird bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel,
Dr. Hoppe und Düsterdieck

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

➤ **Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion DIE LINKE**

Seite Haushalt Bd. 2 S. 399
Produktbereich 05 Sozialamt
Teilergebnishaushalt
Produkt Nr. 11
Beschreibung Personalaufwendungen

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	19.371.943,23
Erhöhung um	316.800
Kürzung um	
neuer Haushaltsansatz	19.688.743,23

Deckungsvorschlag:

Erhöhung der Gewerbesteuer

Begründung:

Nicht nur angesichts der Preissteigerungen, ist es notwendig, dass Einwohner*innen schnell zu ihrem Recht kommen und Anträge, etwa von Bildung und Teilhabe, Übernahme von Kosten, Grundsicherung etc. zügig bearbeitet werden. In den letzten Jahren haben Personalengpässe und krisenhafte Entwicklungen zudem dafür gesorgt, dass es schwierig wurde schnell Personal zu finden. Für einen attraktiven Arbeitgeber ist es notwendig, Personal langfristig zu halten und Überlastung entgegen zu wirken. Mit zehn zusätzliche Stellen im Sozialamt und/oder Jugendamt könnte hier Abhilfe geleistet werden.

Der Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion DIE LINKE wird bei

Zustimmung: DIE LINKE, Stadtverordnete Klobuczynski und Dr. Hoppe

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Gleuel und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.**➤ Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion DIE LINKE**

Seite Haushalt Band 1 Seite 66

Produktbereich Gesamtergebnishaushalt

Produktbereich

Produkt sonstige ordentliche Aufwendungen

Beschreibung Die Kasseler Mittendrin-Teilhabe-Karte soll gleichzeitig als Fahrschein für das NVV-Plus-Gebiet gelten. Ohne zusätzlichen Eigenanteil.

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	500.000,00
Erhöhung um	1.000.000,00
Kürzung um	
neuer Haushaltsansatz	1.500.000,00

Deckungsvorschlag:

Nutzung von Haushaltsüberschüssen

Begründung:

Mit dem Nulltarif für auf Sozialtransfers angewiesene Einwohner*innen, wird Mobilität für alle gewährleistet und die Menschen mit besonders kleinem Budget werden entlastet. Bei Preissteigerungen von 18 Prozent für Lebensmittel und 50 Prozent für Energie, ist die Situation des ärmsten Viertels der Kasseler Bevölkerung besonders angespannt. Der Nulltarif statt der bisher zu zahlenden 35 Euro für ein

Mittendrin-Monatsticket, wäre eine spürbare Entlastung. Im vergangenen Jahr wurden - laut Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG und dem Nordhessischen Verkehrs Verbund - monatlich durchschnittlich 2.000 Mittendrin-Tickets zum Preis von 35 Euro verkauft. Wir gehen von einer Steigerung um 20 Prozent aus, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten wächst. Um den Einnahmeausfall bei der KVG zu kompensieren, werden zusätzliche Ausgleichszahlungen der Stadt Kassel an die KVV nötig: $2.400 \times 12 \text{ Monate} \times 35 \text{ Euro} = 1.008.000 \text{ Euro}$
Nach Einführung des 49 EUR-Deutschlandticket, könnten Teilhabecard-Berechtigte direkt das 49,- Ticket in den Verkaufsstellen erhalten und die Stadt würde dafür die Kosten übernehmen. So erhalten Teilhabecard-Berechtigte ein diskriminierungsfreies Ticket und volle Mobilität.

Der Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion DIE LINKE wird bei

Zustimmung: DIE LINKE, Stadtverordneter Dr. Hoppe

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Gleuel und Düsterdieck

Enthaltung: Stadtverordneter Klobuczynski

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

➤ **Änderungsantrag Nr. 32 der AfD-Fraktion**

Seite Haushalt: 117

Produktnummer / Amt: 311 07 / 50

Nr.: AfD_09

Beschreibung: Zuschüsse und Zuwendungen 2023 / Frauenhaus Kassel e. V. / Betrieb Frauenhaus

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	200.000
Erhöhung um	50.000
Kürzung um	-
Neuer Haushaltsansatz	250.000

Deckungsvorschlag:

Die Erhöhung ist zu decken aus den Kürzungen der Anträge der AfD-Fraktion AfD_02 - 06.

Begründung:

Die pandemie-maßnahmen-bedingt gestiegene Notwendigkeit zur Unterbringung von gefährdeten Personen in einer häuslichen Bedrohungslage.

Der Verein soll darüber hinaus in die Lage versetzt werden, auch

Sicherheitskonzepte zu entwickeln und evtl. daraus resultierende

Erweiterungsbauten zu planen, die eine geschützte Unterbringung von Personen ermöglicht, deren Bedrohungslage über das „beziehungsinterne Niveau“ deutlich

hinausgeht. Z.B. Bedrohung mit angekündigten Tötungsversuchen durch einen Familien-Clan.

8 von 12

Der Änderungsantrag Nr. 32 der AfD-Fraktion wird bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel, Dr. Hoppe und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

➤ Änderungsantrag Nr. 84 der Fraktion DIE LINKE

Seite Haushalt Bd. 2 S. 82
 Produktbereich 01 Innere Verwaltung
 Teilergebnishaushalt 11114 Chancengleichheit
 Produkt Nr. 11
 Beschreibung Personalaufwendungen

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	342.649,68
Erhöhung um	500.000,00
Kürzung um	
neuer Haushaltsansatz	842.649,68

Deckungsvorschlag:

Haushaltsüberschuss

Begründung:

Die Stadt Kassel ist eine weltoffene Stadt, in der Menschen aus über 150 Nationen zusammenleben und eine entsprechend große Sprachenvielfalt haben. Mehr als 79.000 Einwohner*innen, also fast 39% der Bevölkerung unserer Stadt Kassel haben einen Migrationshintergrund. Mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung für eine Stelle für Demokratie und Vielfalt ist der Wunsch nach gleichberechtigter Teilhabe für alle von der Stadtverordnetenversammlung bekräftigt worden.

Bei einem Teil unserer Mitbürger*innen reicht die Kenntnis der deutschen Sprache nicht für mündliche und schriftliche Verständigung jenseits der Alltagskommunikation aus. Sprache ist aber der Schlüssel zur Teilhabe. Nur wenn Sprache keine Barriere ist, ist Gleichberechtigung möglich.

Entsprechend lautet Artikel 3 unseres Grundgesetzes

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

In diesem Sinne heißt es im 2004 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Integrationsprogramm:

„Integration setzt voraus, dass seitens der Aufnahmegesellschaft Zugangsbarrieren abgebaut werden müssen.“ (Integrationskonzept S.10)

.....

Der Erwerb einer mehrsprachigen Verwaltung ist sowohl für Bewohnerinnen wichtig, die eine gewisse Zeit ihres Lebens in Kassel verbringen, als auch für Bewohnerinnen, die in Kassel eine neue Heimat gefunden haben. Angestrebt wird eine stärkere Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund und die Einbeziehung ihrer Interessen und Sprachen in der Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen (Integrationskonzept S.20).

Damit ist klar, dass Übersetzungsarbeit nicht allein freien Trägern überlassen werden kann. Die Stadt Kassel selbst soll einen Dolmetscherpool aufbauen mit den relevanten Sprachen türkisch, arabisch, somalisch, persisch, Dari, Tigrinya, Bulgarisch, rumänisch, polnisch, ukrainisch, russisch und vietnamesisch.

So sollen Personen mit Sprachfähigkeiten gefördert werden.

Das Übersetzungsangebot soll als Teil des Bürgerservice von der Verwaltung und städtischen Behörden genutzt werden, um etwa beim Ausfüllen von Anträgen behilflich zu sein. Die konkrete Ausgestaltung und die dazugehörige Öffentlichkeitsarbeit ist in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat zu entwickeln.

Bestehende Angebote und ehrenamtliche Vereine bleiben bestehen und können weitere Bereiche der Kommunikation erschließen.

Der Änderungsantrag Nr. 84 der Fraktion DIE LINKE wird bei

Zustimmung: DIE LINKE, Stadtverordnete Klobuczynski und Dr. Hoppe

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Gleuel und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

➤ Änderungsantrag Nr. 110 der Fraktion DIE LINKE

Seite Haushalt Bd.2 (S. 591) S. 726

Produktbereich (neu: 09a Klimaschutz) Umweltschutz

Investitionen

Produkt Nr. 56101

Beschreibung Klimaschutz

Jahr	2023 in Euro	VE in Euro	Plan 2024 in Euro	Plan 2025 in Euro	Plan 2026 in Euro
Haushaltsansatz	0	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00
Erhöhung um	1.500.000,00				
Kürzung um					
neuer Haushaltsansatz	1.500.000,00				

Deckungsvorschlag:

Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes

Begründung:

Die Klimakatastrophe und damit einhergehend Extremwetterereignisse schreiten weiter voran. Die Stadt Kassel hat beschlossen bis 2030 klimaneutral zu werden. Der Klimaschutzrat hat inzwischen eine Gesamtstrategie verabschiedet mit zahlreichen Maßnahmen, die teilweise von der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat übernommen wurde. Im zweiten Halbjahr 2022 sind etwa die Maßnahmen „100.000 Bäume“, „Baustoff- und Materialbörse“, „Abwärmekataster für Gewerbegebiete“ und „Mehrweg- statt Einwegverpackungen für Speisen und Getränke“ zur Prüfung oder Umsetzung hinzugekommen. Daneben sind weitaus umfassendere Maßnahmen zur Energie-, Mobilitäts- und Agrarwende nötig. Mit einem Topf von zunächst jährlich 1,5 Mio. Euro stünden Mittel zur Verwendung von Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung, die die Umsetzung mancher konkreter Maßnahmen beschleunigen könnte. Derzeit sind im Haushalt die Maßnahmen für den Klimaschutz nicht oder nur schwer zu finden. Analog der Stadt Göttingen könnte eine eigene Produktgruppe hier Transparenz schaffen.

Der Änderungsantrag Nr. 110 der Fraktion DIE LINKE wird bei

Zustimmung: DIE LINKE, Stadtverordneter Dr. Hoppe

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

➤ **Änderungsantrag Nr. 111 der Fraktion DIE LINKE**

Seite Haushalt Bd. 2 S. 746

Produktbereich 15

Teilergebnishaushalt 57301

Produkt Nr.: 01

Beschreibung Mieterlass städtischer Bürgerhäuser

Jahr	2023 Euro
Haushaltsansatz	69.800,00
Erhöhung um	0
Kürzung um	69.800,00
neuer Haushaltsansatz	0

Deckungsvorschlag:

Haushaltsüberschuss

Begründung:

Die Bürgerhäuser sind wichtige Räume für gemeinschaftliche Initiativen im Stadtteil. Wir wollen geheizte Bürgerhäuser für alle zugänglicher machen. Dazu soll die finanzielle Hürde zur Nutzung abgebaut werden. So können solidarische Angebote im Sinne der Nachbarschaftshilfe geschaffen werden, wie beispielsweise gemeinsamen Kochen, Spielerunden oder Lerngruppen. Derzeit müssten dafür 140 oder 180 Euro bezahlt werden, was solche Initiative im Keim erstickt. Auch für Familienfeiern oder Vereinsfeste sind die Mietkosten eine unnötige Last. Gewerbliche Mieter*innen sollen auch weiterhin ein Nutzungsentgelt zahlen.

Der Änderungsantrag Nr. 111 der Fraktion DIE LINKE wird bei

Zustimmung: DIE LINKE, Stadtverordneter Dr. Hoppe

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel und Düsterdieck

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger

abgelehnt.

- **Durch gemeinsame Änderungsanträge der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP und Änderungsanträge der Fraktionen SPD, DIE LINKE und des Seniorenbeirates geänderter geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 vom 19. September 2022 **einschließlich der Veränderungslisten 1 und 2.**
- b) die Investitionsplanung (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2023 bis 2026 **einschließlich der Veränderungsliste 1 und 2.**

- 12 von 12
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2023 bis 2026 nach dem Stand vom 19. September 2022 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
 3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
 4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel und Düsterdieck

Ablehnung: DIE LINKE, AfD, Stadtverordneter Dr. Hoppe

Enthaltung: --

abwesend: Stadtverordnete Rieger
den

Beschluss

Dem durch gemeinsame Änderungsanträge der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP und Änderungsanträge der Fraktionen SPD, DIE LINKE und des Seniorenbeirates geänderter geänderter Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2023 sowie die Investitionsplanung für die Jahre 2023 bis 2026 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2023 bis 2026, 101.19.587, wird **zugestimmt**.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Annika Kuhlmann
Schriftführerin